



MARCEL FRATZSCHER

Warum trotz eines schrumpfenden Niedriglohnsektors die Einkommensungleichheit steigt

Marcel Fratzscher ist Präsident des DIW Berlin.
Der Kommentar gibt die Meinung des Autors wieder.

Die Anzahl der Beschäftigten im Niedriglohnsektor ist in den vergangenen zehn Jahren deutlich zurückgegangen. Gleichzeitig steigt die Ungleichheit von Einkommen, und das Armutsrisiko verharrt auf einem sehr hohen Niveau. Das ist auf den ersten Blick widersprüchlich. Die Erklärung dieses vermeintlichen Paradoxes offenbart viel über die Stärken und Schwächen von Arbeitsmarkt und Sozialsystemen. Und sie zeigt, was Politik und Gesellschaft tun können, um das Armutsrisiko und die Ungleichheit der Lebensstandards zu reduzieren.

Der Anteil der Niedriglohnbeschäftigten fiel von etwa 23 Prozent im Jahr 2017 auf rund 15 Prozent im Oktober 2022, zeigen aktuelle SOEP-Zahlen. Dies ist erst einmal eine positive Entwicklung. Man würde aber erwarten, dass das auch die Ungleichheit der Einkommen reduziert. Und hier besteht das vermeintliche Paradox: Die Ungleichheit der verfügbaren Haushaltseinkommen ist gestiegen. Die Einkommen für die 20 Prozent mit den geringsten Einkommen haben von 2013 bis 2020 nur moderat um vier bis zwölf Prozent zugelegt. Für Haushalte mit höheren Einkommen hat die reale Kaufkraft der Einkommen dagegen um rund 50 Prozent zugenommen. Die Konsequenz ist, dass das Armutsrisiko der Haushalte weiter gestiegen ist.

Wie lässt sich dieses vermeintliche Paradox auflösen? Erstens ist das Schrumpfen des Niedriglohnsektors fast ausschließlich auf die Einführung des Mindestlohns 2015 und die deutliche Erhöhung im Oktober 2022 zurückzuführen. Das Schrumpfen des Niedriglohnsektors besagt aber lediglich, dass die Löhne der unteren 15 Prozent stärker als die in der Mitte der Verteilung gestiegen sind. Da der Mindestlohn 2023 nicht erhöht wurde und in diesem Jahr auf lediglich 12,45 Euro steigt, dürfte der Abstand inzwischen wieder gewachsen sein.

Zweitens hängt das Einkommen von Beschäftigten stark von der Anzahl der gearbeiteten Stunden ab. In Deutschland arbeiten nach wie vor viele Menschen, meist Frauen, in Teilzeit. Beschäftigte in Teilzeit haben nicht nur geringere Einkommen, sondern häufig auch deutlich geringere Stundenlöhne.

Eine dritte Erklärung ist die Zusammensetzung der Haushalte. So gibt es viele Haushalte in Deutschland, in denen niemand in Vollzeit tätig ist oder überhaupt niemand berufstätig ist. Auch müssen immer mehr Rentnerinnen und Rentner mit einer sehr geringen Rente auskommen. Dieser Trend wird sich in den nächsten zehn Jahren deutlich verschärfen. Es gibt zudem mehr Single-Haushalte. All dies bedeutet, dass es innerhalb der Haushalte immer häufiger niemanden gibt, der erwerbstätig ist und ein gutes Einkommen erzielt. Der vierte Teil der Erklärung sind die geringeren Anstiege von Renten und sozialen Leistungen. Anders als von manchem Politiker kolportiert, sind sie in den letzten 15 Jahren deutlich weniger stark gestiegen als die Arbeitseinkommen.

Welche Schlussfolgerungen ziehen wir aus diesem Paradox? Die positive Entwicklung im Niedriglohnsektor sollte nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Lohnentwicklung auf lange Sicht für Menschen mit geringen Löhnen enttäuschend ist. Die Beschäftigten im Niedriglohnsektor erhalten heute einen kaum höheren Reallohn als noch vor 30 Jahren. Zudem sollten höhere Löhne und Einkommen nicht mit Wohlstand verwechselt werden: Insbesondere die Explosion der Mieten in den vergangenen zehn Jahren hat dazu geführt, dass vor allem ärmere Haushalte heute keinen besseren Lebensstandard haben als vor zehn Jahren.

Die Einführung und Erhöhung des Mindestlohns und die Stärkung von Sozialpartnerschaften, neben auskömmlichen und angemessenen sozialen Leistungen, haben sich als sehr effektive Instrumente erwiesen, um Menschen mit geringen Löhnen und Einkommen abzusichern. Diese werden daher auch in der Zukunft eine große Rolle spielen. Die Politik muss jedoch deutlich mehr tun und unter anderem Hürden abbauen, vor allem für Frauen und Zugewanderte, damit mehr Menschen in gute Arbeit und zu guten Einkommen kommen.

Dieser Beitrag ist am 2. Februar 2024 bei Zeit online erschienen.



DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin

www.diw.de

Telefon: +49 30 897 89-0 E-Mail: kundenservice@diw.de

91. Jahrgang 7. Februar 2024

Herausgeber*innen

Prof. Dr. Tomaso Duso; Sabine Fiedler; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.;
Prof. Dr. Peter Haan; Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Alexander S. Kritikos;
Prof. Dr. Alexander Kriwoluzky; Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.;
Prof. Dr. Carsten Schröder; Prof. Dr. Katharina Wrohlich

Chefredaktion

Prof. Dr. Pio Baake; Claudia Cohnen-Beck; Sebastian Kollmann;
Kristina van Deuverden

Lektorat

Prof. Dr. Peter Haan

Redaktion

Rebecca Buhner; Dr. Hella Engerer; Ulrike Fokken; Petra Jasper; Sandra Tubik

Gestaltung

Roman Wilhelm; Stefanie Reeg; Eva Kretschmer, DIW Berlin

Umschlagmotiv

© imageBROKER / Steffen Diemer

Satz

Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Der DIW Wochenbericht ist kostenfrei unter www.diw.de/wochenbericht
abrufbar. Abonnieren Sie auch unseren Wochenberichts-Newsletter unter
www.diw.de/wb-anmeldung

ISSN 1860-8787

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit
Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an
den Kundenservice des DIW Berlin zulässig (kundenservice@diw.de).